

Klimaschutz in Gefahr? Expert*innen warnen vor Regierungsumbildung!

Die COP16 endete ohne Ergebnis in Cali. In Wien wird über das Renaturierungsgesetz und die Zukunft der Umweltpolitik beraten.

Cali, Kolumbien - Die konventionelle Politik um den Schutz der biologischen Vielfalt steht unter Druck, und das inmitten einer globalen Krisensituation. Im vergangenen Herbst endete die COP16 in Kolumbien chaotisch und ohne greifbare Ergebnisse. Vier Monate später versammeln sich Vertreter aus rund 200 Staaten in Rom, um einen neuen Anlauf zu wagen. In Österreich hat die politische Diskussion um das essenzielle „Renaturierungsgesetz“ der EU an Schärfe zugenommen. Das Ja von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) war entscheidend für die Zustimmung zum Schutz der Biodiversität, was gleichzeitig die türkis-grüne Bundesregierung ins Wanken brachte, wie die **Kleine Zeitung** berichtet.

Besorgnis besteht hinsichtlich der zukünftigen Zuständigkeiten in der nächsten österreichischen Regierung, die aus ÖVP, SPÖ und NEOS gebildet werden soll. Für viele Experten ist fraglich, ob das Landwirtschaftsministerium, das voraussichtlich die Verantwortung für Umwelt- und Naturschutzagenden übernehmen könnte, die kritischen Themen wie die fortschreitende Biodiversitätskrise effizient angehen kann. Es fehlt an einem Konsens zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, was die Zusammenarbeit erschwert. Laut Yvona Asbäck, Koordinatorin des Biodiversitätsrates, ist es entscheidend, dass eingeleitete Maßnahmen auch unter neuen politischen Verantwortlichkeiten weitergeführt werden, um ein

funktionierendes Netzwerk von Naturschutzflächen zu etablieren.

Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt

Die Notwendigkeit einer effektiven Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS 2030) ist unübersehbar. Im Jahr 2023 startete der öffentliche Konsultationsprozess, um einen neuen Entwurf für die NBS zu erarbeiten, der allen Bürgern und relevanten Akteuren die Möglichkeit bot, ihre Meinungen und Vorschläge einzubringen. Besonders bemerkenswert war das große Interesse: Über 2.000 Personen beteiligten sich an der Umfrage, und knapp 1.000 Kommentare wurden eingereicht. Die größte Aufmerksamkeit erhielt das Handlungsfeld Agrarlandschaften, gefolgt von Schutzgebieten und urbanen Landschaften. Diese Rückmeldungen flossen in den ersten Entwurf des Maßnahmenkatalogs ein, der sich auf die Umsetzung von Zielen bis 2030 konzentriert, so das **Bundesamt für Naturschutz (BfN)**.

Um die Herausforderungen der Biodiversitätskrise adäquat zu bewältigen, ist ein starkes gesellschaftliches Bewusstsein gefordert. Nur durch kollektive Anstrengungen und die aktive Unterstützung aller Akteure kann eine Trendwende im Schutz der biologischen Vielfalt erzielt werden. Der Druck auf die Entscheidungsträger wächst.

Details	
Ort	Cali, Kolumbien
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.bfn.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at